

133) Vgl. China Handbook (1985-1986), a.a.O., S.283.

134) Vgl. ebenda.

(Herr stud. rer.oec. Peter Funke absolvierte in der Zeit vom 1.12.1985 bis Ende Februar 1986 im Institut für Asienkunde ein Forschungspraktikum.)

*
*
*
*
*
*
*
*
YU-HSI NIEH

Anzeichen einer Kursänderung in Taiwan

*
*

1. Die zwingende Situation für eine politische Wende

Zur Zeit beschäftigt sich die Regierungspartei in Taiwan, die Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD), mit der Planung einer großen politischen Reform. Am 20.Juni gab eine 12-köpfige Gruppe des ständigen Ausschusses des ZK, das höchste Gremium der GMD, dazu sechs Themen zur Diskussion bekannt: 1.die Frage des Staatsparlaments, 2.die Frage der lokalen Selbstverwaltung, 3.die Frage des Staatssicherheitsgesetzes (Notstandsgesetz), 4.die Frage über Gesellschaftsorganisationen (Zulassung neuer Parteien), 5.die Frage über öffentliche Sicherheit und 6.die Frage über die Arbeit der Partei (GMD) (1). Von diesen werden die ersten vier in Taiwan auch als "empfindliche Fragen" bezeichnet, sie galten und gelten also als politische Tabus.

Die politische Einstellung der GMD-Regierung ist im Grunde immer noch die gleiche wie Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre. 1949 zog sich die Regierung infolge der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan zurück. Wenn auch Taiwan nur knapp 0,4% des chinesischen Territoriums und rund 2% der chinesischen Bevölkerung ausmacht, beansprucht die Regierung auf Taiwan doch die Herrschaft über das gesamte chinesische Reich - einschließlich der Äußeren Mongolei. Das chinesische Festland gilt nur als eine "Rebellenzone". Von diesem Standpunkt aus hat die Regierung ihre politische Grundstruktur 37 Jahre lang nicht verändert. Die 1947/48 gewählten Parlamentsorgane, d.h. die Nationalversammlung (Guomindahui), der Gesetzgebungs- und der Kontroll Yuan, werden nicht erneuert (nur ein kleiner Teil von zusätzlichen Abgeordneten wurde seit den 70er Jahren regelmäßig neu gewählt). Außerdem besteht immer noch der 1949 auf der Insel verhängte Ausnahmezustand. Neue politische Parteien und neue Zeitungen sind verboten.

Bis Ende der 60-er Jahre, zur Zeit

des Kalten Krieges zwischen Ost und West und als Marshall Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) gesundheitlich noch in der Lage war, die politische Macht aktiv auszuüben, hatte dieser kompromißlose Kurs noch eine feste Basis. Dann begann die weltpolitische Detente. Sie löste unter den nichtkommunistischen Staaten eine Kettenreaktion aus, die VR China anzuerkennen. Infolge der chinesischen "Hallstein-Doktrin" beider Seiten, d.h. von Beijing und Taipei (Taibei), mußten die diplomatischen Beziehungen Taiwans zu zahlreichen Staaten einschließlich des engsten Verbündeten USA sowie die Beziehungen zu der Weltorganisation UNO abgebrochen werden. Seit letztem Jahr wird Taiwan von völliger Isolation bedroht, nachdem einige lateinamerikanische Staaten Beijing als die einzige legitime Regierung Gesamtchinas anerkannt haben - Lateinamerika ist die letzte diplomatische Bastion Taiwans (2).

In der Innenpolitik ließ sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre, als Marschall Jiang Jieshi schon schwer krank war, eine gewisse Auflockerung erkennen. Nach dessen Tod 1975 verbesserte sich das politische Klima weiter, wenn auch wechselhaft wie das Wetter im April. Andererseits stieg das politische Bewußtsein der Bevölkerung, vor allem unter den Intellektuellen und der Stadtbevölkerung, aufgrund höherer Bildung und zunehmender Wirtschafts- und Kulturkontakte mit den westlichen demokratischen Staaten in Nordamerika, Westeuropa sowie dem Nachbarland Japan.

Die Notwendigkeit einer politischen Erneuerung ist nicht zuletzt aus der innenpolitischen Tatsache ersichtlich, daß sich die oben genannten Parlamentsorgane durch Vergreisung und Ableben der vor fast vierzig Jahren gewählten Abgeordneten einer Lahmlegung immer weiter nähern. Daneben wird auch die Frage der Nachfolge des 76 Jahre alten und seit langer Zeit schwer an Diabetes leidenden Staatspräsidenten und Vorsitzenden der GMD Jiang Jingguo von Jahr zu Jahr akuter.

Nach dem Rückzug auf die Insel Taiwan fror die GMD-Regierung die Parlamentswahlen auf Zentralregierungsebene ein, führte aber andererseits Wahlen auf lokaler Ebene ein, die allerdings in der Praxis nach fast 37 Jahren immer noch nicht vollständig durchgeführt worden sind. Die Regierung hat die Verabschiedung eines Rahmengesetzes für die Selbstverwaltung auf Provinz- und Kreisebene, das bereits 1939 die zweite Lesung im Gesetzgebungs Yuan durchlaufen hatte, bislang immer wieder verhindert (3). Die lokalen Wahlen werden nur durch Regierungsord-

nungen bestimmt und beschränken sich auch nur auf die Parlamentarier. Nur bis hinauf zur Kreisebene werden die Regierungschefs gewählt, der Gouverneur der Provinz Taiwan sowie die Oberbürgermeister der unmittelbar dem Exekutiv Yuan (Kabinett) unterstehenden Städte Taipei und Gaoxiong dagegen werden ernannt. Darüber hinaus gibt es - solange die Regierung das Verbot neuer Parteien und die Pressezensur aufrechterhält - auch keine Wahlfairneß, obgleich grobe Manipulationen seitens der GMD inzwischen seltener geworden sind.

Das größte politische Übel, das dem Ruf der GMD-Regierung auf der Insel wie im Ausland sehr schadet, ist der seit 1949 andauernde Ausnahmezustand. Damals wurde seine Verhängung mit der Verteidigung der Insel gegen einen kommunistischen Angriff sowie mit der eigenen Vorbereitung auf die Rückeroberung des chinesischen Festlandes begründet. Diese Begründung verliert immer mehr an Überzeugungskraft, da eine Rückeroberung des chinesischen Festlandes mit den Jahren immer unrealistischer geworden ist, besonders seit Beijing 1979 damit begann, Taipei Friedensangebote zu unterbreiten.

Nicht nur außen- und innenpolitisch, sondern auch wirtschaftlich befindet Taiwan sich zur Zeit in einer Zwangslage, die es nötigt, seinen Kurs zu korrigieren. Die Wirtschaft der Insel hatte in den letzten zwei Jahrzehnten zwar große Erfolge zu verzeichnen, aber ihre Grundstruktur ist wie das politische Gefüge bislang wenig verändert worden, d. h., sie ist stark vom Dirigismus geprägt. Die drastische Steigerung der Exportüberschüsse seit über zwei Jahren bewirkte, daß immer mehr Druck aus dem Ausland, vor allen Dingen aus den USA, auf Taiwan ausgeübt wurde, seinen Markt zu öffnen. Um die weitere Industrialisierung zu fördern, erwartet man darüber hinaus von der Regierung tatkräftige Maßnahmen zur Lockerung der Devisenkontrolle sowie die Liberalisierung des staatlichen Monopols des Bankwesens.

2. Nuancierung der chinesischen "Hallstein-Doktrin"

Zur Zeit unterhält Taiwan nur noch mit 23 Staaten diplomatische Beziehungen. Davon sind einer in Europa (Vatikan), zwei in Asien (Südkorea, Saudi-Arabien), drei in Afrika (Südafrika, Swaziland, Malawi), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomon-Inseln, Tonga, Tuvalu) und 13 in Lateinamerika (Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, Uruguay, St. Christopher/

Nevis, St. Lucia, St. Vincent/Grenadinen).

1985 nahmen zwei lateinamerikanische Länder, Bolivien und Nicaragua, diplomatische Beziehungen mit Beijing auf und brachen die zu Taiwan ab (4). Costa Rica und Uruguay, die noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, haben seit einiger Zeit auch Kontakte mit Beijing aufgenommen, und zwischen dem 10. und 13. Juni d. J. traf eine Handelsdelegation aus der VR China in Paraguay ein (5). In Asien bereiten Taiwan ebenfalls seit einiger Zeit die Kontakte zwischen Saudi-Arabien und Beijing Sorge, und verärgert war Taiwan über das "Bruderland" Südkorea, weil es wiederholt mit Beijing liebäugelte. Darüber hinaus ließ der Vatikan im Hinblick auf eine Annäherung an Beijing seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abkühlen. In Zukunft soll der Papst angeblich keinen Nuntius mehr nach Taiwan senden (6).

Die chinesische "Hallstein-Doktrin" auf beiden Seiten der Taiwan-Straße galt ursprünglich nicht nur bei den zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch bei allen internationalen Organisationen. Zur ersten Abweichung kam es am 17. September 1979, als die Internationale Wissenschaftliche Vereinigung für Chemie auf einer Vollversammlung die Delegation aus Beijing mit dem Namen "Chinese Chemical Society" aufnahm und die Bezeichnung für die Delegation aus Taipei in "Chemical Society Located in Taipei, China" umänderte und beide Seiten dies akzeptierten (7). Einen Monat später, am 25. Oktober 1979, fand der Exekutivausschuß des IOK in Nagoya (Japan) eine ähnliche Lösung der Chinafrage für die Olympischen Spiele. Die nationale Sportorganisation der VR China wurde einerseits als neues Mitglied mit dem Namen "Chinesisches Olympisches Komitee" aufgenommen, andererseits mußte das "Olympische Komitee der Republik China" Taiwans seinen Namen in "Chinesisches Olympisches Komitee Taipei" umändern (8). So ist die eigentliche "Chemie-Lösung" der Chinafrage als "Olympia-Modell" in der Welt bekanntgeworden.

Am 10. März d. J. übernahm die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank/ADB) nach drei Jahre dauernden Marathon-Debatten über die Chinafrage das "Olympia-Modell" (9). Da die ADB eine zwischenstaatliche Organisation ist, hat ihr Beschluß sicher größere politische Bedeutung als der des IOK. Interessant ist, daß Taipei zwar gegen die Änderung seines Namens von "Republik China" in "Taipei, China" protestierte, doch nicht aus dem Finanzinstitut aus-

trat. Es blieb stattdessen nur der Konferenz fern. Taipei will auch weiterhin seinen Verpflichtungen gegenüber der ADB nachkommen - im Staatshaushalt für das neue Finanzjahr sind Beiträge für das Geldinstitut in Höhe von 1 Mio. US\$ vorgesehen (10). Da Taiwan seine Devisenreserven über den Kopf wachsen, braucht es kaum Entwicklungskredite von der ADB, und die Entscheidung, nicht aus der ADB auszutreten, wurde sicher nur aufgrund politischer Überlegungen getroffen. In der Öffentlichkeit wurde die neue "flexible Außenpolitik" (Tanxing wajiao) begrüßt. Die Regierung wurde aufgefordert, bei der ADB trotz der Namensänderung aktiv mitzuwirken und darüber hinaus mit ähnlichem Namen in andere internationale Organisationen zurückzukehren (11).

3. Bewegung in den chinesisch-chinesischen Beziehungen

Seit 1979 hat sich Beijings Haltung gegenüber Taiwan drastisch verändert - anstatt der Parolen von militärischer "Befreiung" wurden der GMD Verhandlungen angeboten. Zwar ist auf Taiwan die Parole von der "Rückeroberung des Festlandes" allmählich auch nicht mehr so oft zu hören, aber der Ton der Propaganda hat sich nur wenig verändert. Auf die von Beijing vorgeschlagenen "Drei Verbindungen" (Post, Verkehr und Handel) antwortete Taipei mit "Drei Nein": Nein zum Kontakt, Nein zu Verhandlungen und Nein zu einem Kompromiß mit den Kommunisten. Allerdings gab es auch hier in letzter Zeit wie in der Außenpolitik Nuancierungen.

Die erste Abweichung von der strikten Ablehnungspolitik zeigt sich in der Nachsicht der Taipeier Regierung gegenüber indirektem Warenaustausch mit dem chinesischen Festland, d. h. gegenüber dem Handel über Drittländer. Rund 80% des chinesisch-chinesischen Handels werden über Hongkong, Japan und Singapur abgewickelt. Laut Hongkonger Statistiken stiegen die Exporte Taiwans nach dem chinesischen Festland über Hongkong in den ersten sieben Monaten des Jahres 1985 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 245% auf 4.815 Mio. HK\$ (umgerechnet 617 Mio. US\$), während die Importe aus dem Festland über Hongkong im gleichen Vergleichszeitraum um 7% auf 581 Mio. HK\$ (74,5 Mio. US\$) fielen. Damit hat Taiwan in jenen sieben Monaten einen Exportüberschuß von 4.233 Mio. HK\$ (540 Mio. US\$) erzielt (12).

Um den Handel mit Taiwan zu fördern, gewährt Beijing taiwanesischen Waren einen Sonderzolltarif von 45% (für die übrigen ausländi-

schen Waren 50-150%) (13). Außerdem hat die chinesische Regierung zur Dämpfung der durch die Lockerung der Preiskontrollen verursachten Inflation im letzten Jahr absichtlich mehr Konsumgüter eingeführt, während Taiwans Exporte sich zur gleichen Zeit gerade in einer Flaute befanden. Dem Druck der Öffentlichkeit nachgebend, beschloß die Taipeier Regierung, die 1984 die Einfuhr traditioneller chinesischer Medikamente bzw. Lebensmittel aus dem chinesischen Festland durch Drittländer liberalisiert hatte, schließlich im letzten Herbst, den indirekten Handel nicht mehr einzuschränken. Taiwans Geschäftsleuten ist es aber weiterhin nicht erlaubt, Kontakte mit kommunistischen chinesischen Vertretern in Drittländern aufzunehmen (14).

Die Drei-Nein-Politik wurde vor kurzem durch ein spektakuläres Ereignis weiter abgeschwächt: die staatliche Fluggesellschaft Taiwans CAL (China Airlines) wurde gezwungen, mit der Luftfahrtbehörde der VR China CAAC (Civil Aviation Administration of China) direkte Verhandlungen zu führen. Wie in C.a. Mai 1986 (S.272g, Ü50) berichtet, war ein Frachtflugzeug des Typs Boeing-747 der CAL am 3.Mai auf der Route Singapur - Bangkok - Hongkong - Taiwan in Guangzhou (Kanton) gelandet. Der 56-jährige Pilot Wang Xijue, der in Taiwan Frau und Kinder hat, erklärte zu seiner Flucht, er wolle nach 40 Jahren der Trennung seinen 82-jährigen Vater und seine drei Brüder in der Heimatprovinz Sichuan wiedersehen. Um die zwei anderen Besatzungsmitglieder, die nicht in der VR China bleiben wollten, und die Maschine, die einen Wert von über 60 Mio. US\$ hat, an Taiwan zurückzugeben, bat die CAAC per Telegramm die CAL, eine Verhandlungsdelegation nach Beijing zu senden. Dies wurde zunächst kategorisch abgelehnt, man versuchte, über die Hongkonger Fluggesellschaft "Cathay Pacific Airways", das Internationale Rote Kreuz sowie die Versicherungsfirma der CAL in London, Lloyd's, die Sache regeln zu lassen. Indirekte Verhandlungen durch Dritte lehnte die CAAC wiederum ab, da es sich um eine Angelegenheit "innerhalb einer Familie" handele. Nach zehntägiger Verzögerung wurde schließlich am 13.Mai beschlossen, in Hongkong "Geschäftsgespräche" zu führen. So fand am 17.Mai die historische erste chinesisch-chinesische Begegnung seit 1949 in Hongkong statt, und am 19.Mai wurde eine Vereinbarung zwischen den Vertretern der CAAC und CAL unterzeichnet, die die Übergabe der Maschine mit den zwei Besatzungsmitgliedern, dem Kopiloten und dem Bordmechaniker, am 23.Mai vorsah. Zwar betonte Taipei nach der Beendigung der Affäre,

daß die Verhandlungen zwischen CAL und CAAC keinen Präzedenzfall darstellten und, in einem internen Dokument des ZK der GMD, daß die "Drei-Nein-Politik" durch die genannten Verhandlungen nicht beeinflusst worden sei, aber vor den Verhandlungen hatte Regierungssprecher Zhang Jingyu am 7.Mai auch versichert, daß die CAL nie mit dem "kommunistischen Regime" irgendeinen Kontakt aufnehmen oder Gespräche führen werde.

4. Liberalisierung in der Innenpolitik

Einer der Hauptgründe für die strikte Weigerung Taipeis, mit Beijing politisch zu verhandeln, liegt darin, daß die Kommunisten, wie bereits erwähnt, als Buhmann auf der Insel dienen. Wenn es zu politischen Verhandlungen zwischen beiden Ufern käme, gäbe es kaum mehr Anlaß für den Ausnahmezustand. Es war vermutlich kein reiner Zufall, daß parallel zu den Verhandlungen zwischen CAL und CAAC auch Gespräche zwischen den Vertretern der GMD und führenden parteilosen Oppositionellen auf der Insel stattfanden. Auch diese Gespräche wurden als historisches Ereignis bezeichnet, da die Regierungspartei die parteilose Opposition zum erstenmal öffentlich als Verhandlungspartner behandelte.

In den letzten Monaten gab es zwischen beiden Seiten wegen der erneuten Bewegung unter den Dissidenten zur Gründung einer oppositionellen Partei andauernde Spannungen. Bei der ersten Begegnung am 10.Mai sagte die GMD prinzipiell zu, die Gründung von Zweigstellen der bestehenden oppositionellen Organisation "Dangwai Gongzhenghui" (Forschungsgesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik) nicht zu verhindern. Allerdings verlangten die GMD-Vertreter, auf die Verwendung des Wortes "Dangwai" (parteilos) zu verzichten und die Organisation bei den zuständigen Behörden anmelden zu lassen. Da dadurch die "parteilose" Organisation entpolitisiert und sie noch mehr unter die Kontrolle der Regierung gebracht worden wäre, wurde der Vorschlag von den Oppositionellen nicht akzeptiert (15). Sie kritisierten, daß die GMD trotz des Ausnahmezustands als Partei fungiert und selbst auch nicht bei den zuständigen Behörden gemeldet ist.

Kurz vor der zweiten Begegnung am 24.Mai kam es zu zwei Bewährungsproben der innenpolitischen Entspannung. Am 27.Mai gründeten die Oppositionellen eine Zweigstelle der "Forschungsgesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik" in der Hauptstadt Taipei, was von der Regierung geduldet wurde, ob-

wohl im Namen der Bestandteil "Parteilose" beibehalten wurde und nicht bei den Behörden angemeldet war (16). Zwei Tage später, am 19. Mai, veranstalteten über 100 Dissidenten eine Demonstration der "Grünen Aktion" gegen den 38 Jahre langen Ausnahmezustand. Zwar wurden die Teilnehmer von 1.200 Polizisten den ganzen Tag lang in einem Tempel eingekreist und somit isoliert, doch es kam zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen und auch nicht zu einer Verhaftungswelle (17), wie das früher in ähnlichen Situationen der Fall war.

Erst nach dem zweiten Gespräch, das von neuen Spannungen belastet war und ebenfalls zu keiner Verständigung führte, wurden am 30. Mai drei Oppositionelle, Chen Shui-pian, Huang Tianfu und Li Yiyang, in einem unanfechtbaren Urteil vom Oberlandesgericht unter der Beschuldigung der Beleidigung eines regierungsfreundlichen Professors in ihrer Zeitschrift "Pengleidao" zu acht Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Ferner wurde der Organisator der genannten Demonstration, Zheng Nanyong, unter dem Verdacht des Verstoßes gegen das Wahlgesetz vor einigen Monaten festgenommen. Am 9.Juni veranstalteten Chen, Huang und Li vor ihrem Haftantritt mehrere Abschiedsfeiern in Taipei, an denen Tausende von Menschen teilnahmen (18).

Wenn auch die Opposition der Regierung den Vorwurf neuer politischer Prozesse machte, wurde diesmal im Unterschied zur Vergangenheit zumindest kein Oppositioneller nach dem Notstandsgesetz vor das Militärgericht gestellt - das könnte doch als Zeichen der Liberalisierung gesehen werden.

Anmerkungen

- 1) LHB, 21.6.86.
- 2) Dazu s. C.a., Juli 1985, S.428, Ü 52, Nov. 1985, S.755, Ü 33 u. Dez. 1985, S.810, Ü 42.
- 3) Nach LHB, 18.5.1985 u. 26.5.1985.
- 4) Anm. 2.
- 5) LHB, 19. u.21.6.86.
- 6) Taiwan Tribune (Chin.), Long Island City, USA, 26.5.86.
- 7) S. dazu C.a., Okt. 1979, S. 1120, Ü 63.
- 8) Ebenda.
- 9) S. dazu C.a., März 1986, S. 151f., Ü 36.
- 10) LHB, 18.5.86.
- 11) Vgl. dazu LHB, 11., 18., 22., 23.3.86.
- 12) Nach ZYRB 20.1.86.
- 13) DGB, 21.8.85.
- 14) ZYRB, 20.1.86.
- 15) LHB, 11.5.86.
- 16) LHB, 18.5.86.
- 17) CP, 20.5.86.
- 18) Taiwan Tribune, a.a.O., 9. u. 12.6.86.